

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werttätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mt.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die nebeneinstellende Poststelle oder deren Raum 150 Btg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Btg., Reklamen 500 Btg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, frühere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 35.

Freitag, den 11. Februar 1921.

28. Jahrgang.

Die reaktionären Beamtenfänger!

S.A.K. Die letzten Gehaltsregulierungen haben meiste Schichten der Beamten nicht zufriedengestellt. Aber es liegt in der Natur jeder großen Bewegung, die sich auf die verschiedensten Kategorien erstreckt, solche unangenehme Begleiterscheinungen auszulösen, zumal aber dann, wenn sie sich gegen einen Unternehmer richtet wie das Reich mit seiner durch den Krieg so fürchtbar elend gewordenen Finanzlage.

Von der unzufriedenen Stimmung erhoffen nun die Deutschnationalen einen besonderen Vorteil. Und seien wir darüber nicht im Zweifel, im heutigen Beamtenkörper, von dem der übergroße Teil noch dem alten System angehört, das sie in Botmäßigkeit und politische Meinungslosigkeit einzwang, werden nur zu viele noch geneigt sein, den Deutschnationalen wieder auf die Leimruten zu hüpfen, wenn unsere Anhänger nicht auf dem Posten sind und der erlogenen Demagogie die Maste herunterreißen.

Denn das Verhalten der Deutschnationalen ist Demagogie und elende Heuchelei. Das sei klipp und klar an unerlöschlichen Tatsachen festgestellt.

Die Deutschnationalen hatten bei der Behandlung der letzten Beamtenentwertungsgulage am 9. Dezember im Reichstag den Antrag auf Erhöhung der Zulagen um 10 Prozent für alle Beamten, die Sozialdemokraten am gegenüber der ablehnenden Haltung der Regierung etwas zu erreichen, hatten die 10 Prozent Zulagenzulagen bis zu 8100 Mark Grundgehalt verlangt. Für den Fall der Annahme eines jeden dieser beiden Anträge hatte der Finanzminister Wirth mit seinem Rücktritt gedroht. Damit wäre das Kabinett gesprengt worden. Nachdem der deutschnationalen Antrag aber abgelehnt, lehnten die Deutschnationalen auch den minder weit gehenden sozialdemokratischen Antrag ab. Sie stellten sich damit nicht nur auf den Boden des „Alles oder Nichts“ und versagten auch den „Kleinen“, nachdem die Großen sie nicht haben konnten, die Zulage, nein, sie vereitelten auch, daß sie selber die Regierung ergreifen oder wenigstens ein paar Sitze im Kabinett verlangen konnten, in dem sie dann ja ihren Einfluß zur Verbesserung aller Beamtengehälter geltend machen konnten.

Dies Spielchen entspricht vollständig der demagogischen Haltung, die die Deutschnationalen seit jeher dem Gros der Beamten gegenüber eingenommen. Seit den Zeiten, wo die Deutschnationalen die Macht hatten und fast nichts, entsprechend den damals vorhandenen Mitteln, an Gehältern, aber auch nichts an Rechten und Freiheiten für die große Masse der Beamten bewilligten.

Nicht das alte deutschnational-monarchistische Regiment gab den Beamten Rechte und Freiheiten. Erst die Republik, und in ihr die Macht der Sozialdemokratie, hat mit ihrer Verfassung den Beamten die Rechte aller Staatsbürger gesichert. Sie hat ihnen das äußerst wichtige Recht der Einsichtnahme in die Personalakten gesichert, das ihnen die Deutschnationalen, so lange sie die Macht hatten, verweigerten. Und wenn man es heute noch in zahlreichen Fällen illusorisch zu machen sucht, so sind es Parteigänger des alten Systems, Deutschnationalen vor allem, die sich an diesem Treiben beteiligten. Die Verfassung der Republik erst verweigerte sie allen anderen männlichen und weiblichen Staatsbürgern, so auch den Beamten auf politischem wie auf allen anderen Gebieten das Recht der Meinungs- und Organisationsfreiheit und verlangt nur, die politischen Bestrebungen auf verfassungsmäßigem Wege durchzuführen.

Wie aber war es unter dem alten System? Ein Beamten-Erlaß Wilhelm I. vom 4. Januar 1882 sagt, daß es das Recht des Königs sei, die Regierung und die Politik Preußens nach eigenem Ermessen zu leiten. Es sei nicht nur Pflicht der Minister, sondern der Dienstreidgebiete es allen Beamten, diese selbstherrliche Politik zu unterstützen, auch bei den Wahlen. — Das bedeutet klipp und klar die Verzagung der selbständigen politischen Meinung für alle Beamten.

Der ehemalige konservative Minister des Innern v. Dallwitz erklärte im Preussischen Landtag am 31. Januar 1912, daß jeder Beamte ein Eidschwörer sei, der sich der Sozialdemokratie anschließe oder eine anti-monarchistische Partei unterstütze. Am Tage darauf vertrat im Landtag den gleichen Standpunkt der konservative Abgeordnete Hennings-Tschlin, und die Rechte begleitete beider Ausführungen mit lauter Zustimmung.

Bei der letzten Reichstagswahl unter der Monarchie, der Wahl vom 12. Januar 1912, erließ der Eisenbahn-Direktions-Präsident eine Bekanntmachung, daß jeder Eisenbahnbedienstete, von dem bekannt werde, daß er sozialdemokratisch wähle, die Kündigung des Dienstverhältnisses zu erwarten habe! Und halfen dem v. Camp im Reichstag, daß alle Beamten die Pflicht haben, die Sozialdemokratie zu bekämpfen und für die Monarchie einzutreten, daß die Beamten auch dafür mit bezahlt werden.

Also, als die Deutschnationalen die Macht hatten, suchten sie jeden Beamten politisch darin zu vergewaltigen, daß er sich konservativ und monarchistisch betätigen müsse.

Das freie Koalitionsrecht war den Beamten bei schweren Nachteilen vorzuziehen. Erst die Republik gab es ihnen. Die Beamten konnten sich früher wohl zu Vereinen zusammenschließen, aber ihre Tätigkeit mußte sich nach dem Willen der koalitionsfeindlichen Regierung und der vorgelegten Beamtenbeförden richten. Sie unterdrückten jede ihnen nicht passende Vereinigung. Ein im Reichsanzeiger vom 18. April 1899 veröffentlichter Regierungserlaß besagt, daß alle n Staatsbeamten nicht statthaft sei der Beitritt zu Vereinen, die durch massenhaften Zusammenschluß einen Druck zur Durchführung ihrer Forderungen auf die Staatsbehörden ausüben oder diese Durchführung gar erzwingen wollen, anstatt die Förderung ihrer Interessen von der Fürsorglichkeit des Reiches oder des Staates zu erwarten. — Das ist das Koalitionsrecht, wie es damals den Beamten gegeben war, als Messer ohne Heft und Klinge.

Schon im Jahre 1896 war das wirtschaftliche und politische Versammlungs- und Petitionsrecht der Beamten fast völlig erschlagen worden. Ein Erlaß des Preuß. Ministeriums des Innern vom 18. April wies damals während darauf hin, daß Staatsbeamte es gewagt hätten, Petitionen zu unterzeichnen, um das Parlament zu veranlassen, Regierungsvorlagen anzulehnen, oder auch nur abzuändern. Sogar an öffentlichen Versammlungen, in denen solche Petitionen beraten worden seien, hätten Beamte teilgenommen! Ein solches Verhalten sei unvereinbar mit den Pflichten eines Staatsbeamten. Die Regierung sei willens, dieser ihrer Ansicht unannehmlich geltung zu verweigern!

Es klingt heute fast wie ein Erlaß aus fernster rühmlichster Zeit. Aber dieser Geist ist geblieben während des ganzen deutschnational-monarchistischen Reichs-Regiments. Als im Jahre 1908 nur laut wurde, daß die Techniker der Preussisch-Hessischen Staatseisenbahnen die Gründung eines eigenen Verbandes zur Vertretung ihrer Interessen beabsichtigten, erließ der Eisenbahnminister Breitenbach gegen dieses Vorhaben eine offizielle „Warnung“. Und jedermann war sich bewußt, was der Wind mit dem Jaunpfehl zu bedeuten hatte.

Und wer hat nicht gehört aus den letzten Jahren vor dem Krieg von dem Kampf und den Maßregelungen, die die Eisenbahnbediensteten zu erdulden hatten, als der Gedanke der freien gewerkschaftlichen Organisation sich bei ihnen zu regen begann! Alle Beschränkungen des Koalitionsrechts aller Beamten aber wurden gerade von den Konservativen, den jetzigen Deutschnationalen, stets gebilligt und damit begründet, daß die Beamten ja das Petitionsrecht — das dreiertel erschlagene, wie wir sehen — an die gesetzgebenden Körperschaften hätten, um ihre Interessen durchzusetzen. So war es damals, und sie wird es wiederum sein, wenn die Beamten sich einfangen lassen, den Deutschnationalen noch einmal zu ausschlaggebender Macht zu verhelfen.

Kaum war am 9. Dezember die deutschnationalen Kommode des Schutzes der Beamtenrechte verflungen, da sprach die „Post“ schon am Tage darauf, am 10. Dezember, die Frage, ob die Sicherheitspolizei auch wohl zuverlässig sei, wenn sie bei einem Beamtenstreik die Beamtenstreikführer verhaften sollte. Das ist die deutschnationalen Sorge um die Beamtenfreiheit! Sie brachten mit den Beamtenstreikführern lieber heute als morgen auch die Beamtenrechte in „Sicherheit“.

Diese Deutschnationalen werfen sich bei den Wahlen in Preußen wie in Schleswig-Holstein und Ostpreußen mit allen Künsten der Demagogie auf die Beamten. Wer von ihnen wieder folglamer Leibtrabant der alten Konservativen werden und kein freies Wahlrecht, kein freies Koalitionsrecht usw. mehr haben will, der folge den Deutschnationalen und geb ihnen die Stimme. Er jammere dann aber nicht über die Rutenstriche, die er nachher von ihnen empfangen wird!

Nach London!

Der formale Notenaustrausch über die Einladung der deutschen Regierung zur Londoner Konferenz und ihre Annahme wird durch folgende Wolff-Depesche nunmehr offiziell bekanntgegeben: WTB. Berlin, 10. Februar. Von der hiesigen britischen Botschaft ist dem Auswärtigen Amt am 8. Februar folgende Note zugegangen:

Herrn Dr. Simons, Minister des Auswärtigen!
Herr Minister! Ich habe die Ehre, Eure Excellenz zu benachrichtigen, daß ich von Sr. Majestät Regierung Mitteilung erhalten habe, den Leiter der deutschen Regierung und seine sachverständigen Berater einzuladen, in London am 1. März mit Vertretern von Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan und Belgien an der Konferenz teilzunehmen, die in der Note von Herrn Briand an den Präsidenten der deutschen Delegation in Paris vom 29. Januar angedeutet sei. Ich soll ferner Eure Excellenz ersuchen, die Güte zu haben, so schnell als möglich die Namen der Delegierten und der Berater mitzuteilen.

Ich benutze die Gelegenheit usw.
gez. D'Ubernau.

Darauf ist durch einen Vertreter des Auswärtigen Amtes der großbritannischen Botschaft folgende vom 9. d. M. datierte Antwortnote an den britischen Botschafter Lord D'Ubernau zugestellt worden:

Herr Minister! In Erwiderung Ihrer Note vom 8. Februar, Nr. 59, beehre ich mich, den Empfang der Einladung zu der Konferenz in London am 1. März zu bestätigen. Unter der Voraussetzung, daß die Verhandlungen der Konferenz sich auch auf die noch zu übermittelnden Vorschläge der deutschen Regierung erstrecken werden, erklärte sich die deutsche Regierung bereit, bevollmächtigte Delegierte und sachverständige Berater, deren Namen sobald wie möglich angebebet werden sollen, zu der Konferenz entsenden.

Ich benutze auch diesen Anlaß usw.
gez. Dr. Simons.

Entgegen anderslautenden Zeitungsmeldungen wird erklärt, daß die Namen der Delegierten, die Deutschland in London vertreten werden, nicht eher bekanntgegeben werden können, als bis die Sachverständigen-Beratung zu einem gewissen Abschluß gelangt ist.

Die bayrische Note.

Aus München wird gemeldet: Donnerstag abend um 10 Uhr wurde eine amtliche Note herausgegeben, in der es u. a. heißt: Staatsregierung und Koalitionsparteien haben der Bedeutung und Schwere des Augenblicks in jeder Weise Rechnung getragen. Wenn trotzdem an dem bisherigen Standpunkt der bayrischen Regierung festgehalten wird, so beweist das erneut, daß das bayrische Volk und Regierung in der Erhaltung des unentbehrlichen Selbstschutzes auch heute noch eine Lebensfrage erblickt. Die bayrische Staatsregierung hat demzufolge von Anfang an den Standpunkt vertreten, daß die Reichsregierung ebenso wie sie die ungefehrlichen Reparationsforderungen abstellen und auch dem unmöglichen Entschuldigungsbeitrag nicht zustimmen würde, da beide ein zusammenhängendes Ganze bilden. Sie verkennt hierbei nicht, daß der Reichsregierung die letzte Entscheidung und Verantwortung für alle kommenden Folgen zufällt.

Diese Note sagt im wesentlichen dasselbe wie die am Donnerstag mitgeteilte. Es ist immerhin bemerkenswert, daß man schon innerhalb deutscher Bundesstaaten bis zum Notenwechsel gekommen ist. Begeben müssen die Kahrleute aber doch, wenn sie sich auch noch so sehr drehen und wenden. Der Umchwung ist vor allem dem Gegenbruch der sozialdemokratischen Stellungnahme zu verdanken und nicht der Gutmütigkeit des Herrn Kahr. Die Anerkennung gebührt der tapferen Haltung unserer bayrischen Genossen, die das Interesse des deutschen Volkes über das eines einzelnen Landes stellten.

Die Interpellation der Unabhängigen über die vom Ministerpräsidenten Dr. v. Kahr in der Berliner Ministerkonferenz am 5. Februar eingenommene Haltung wird voraussichtlich von der Regierung nicht beantwortet, und vom Landtag nicht besprochen werden, weil in Berlin die Vertraulichkeit der Verhandlungen vereinbart worden ist. Diese Vertraulichkeit soll die Eiserne Vor der Aufdeckung der Wahrheit schützen. Dafür loben sie sich in der Presse um so lieber aus. Die bayrische Mittelpartei erläßt einen Aufruf, in dem es heißt: Bayern, heraus zur Rettung des Deutschen Reiches, das wir Bayern einig und stark erhalten wollen! Kahr uns vorangehen in Mut und Entschlossenheit! — Die Kriegsverbrecher und Kriegsverbrecher schamzornig über diese „Tat“. Das Volk erkennt daran seine Verderber.

Reichstagspräsident Loebe über die „Sanktionen“.

In der „Breslauer Lokomotive“ nimmt Reichstagspräsident Loebe Stellung zu den Londoner Verhandlungen. Er erinnerte nochmals an die Unterschrift der Reichsregierung unter die Entlassungserklärung von Spa und bedauert, daß man die Verpflichtungen nicht selbst erfüllt habe und sich jetzt von den Gegnern dazu zwingen lassen müsse. Lehne die bayrische Reaktion sich gegen die von Simons zugesagte Erfüllung der Entlassungsbedingungen auf, so gefährde sie die Sicherheit des Reiches und müsse von der Reichsregierung und allen Friedensfreunden niedergeworfen werden. Die Verpflichtung von 226 Milliarden Goldmark und 35 Milliarden Ausfuhrabgaben unterschreiben, erklärt Präsident Loebe, diese nicht nur wider Treu und Glauben, sondern gegen alle Vernunft eine Verpflichtung eingehen, deren Unmöglichkeit sich beim ersten Zahlungstermin kraß offenbaren würde. Also wird die deutsche Regierung bei ihrem „Nein“ bleiben müssen, auch wenn die Entente so allzu leicht hätte sich 50 oder 60 Milliarden abhandeln zu lassen, was sie jedoch nicht die geringste Bereitschaft zeigt. Der Reichstagspräsident wirft dann einen trübten Blick in die Zukunft und schreibt: „Wäre ich schon in den ersten Märztagen die Aussicht auf einen Ausweg verbaut sein und die Militartaten werden zur Ausführung jener Sanktionen überlassen, die sie uns für den Fall der Nichterfüllung ihrer Forderungen angedroht haben. Wird das Kahrredier beibehalten, so dürfte weder die Arbeitslosigkeit der Bevölkerung gehoben werden, noch die Qualität der Kohle sich bessern. Das Herr der Arbeitslosen wird so wenig Steuern zahlen, wie die stillgelegten Betriebe und der erkrankten Produktions- und Konsumtionskraft macht allen Kahrtrabanten ein jämliches Ende. Weder Kahr noch Steuern noch Gehälter irgend welcher Art werden dann den Kronen in einer Geschäftsbilanz verbleiben. Über welche Folgen die neuen Kahrreden die Wirtschaftskatastrophen im eigenen Lande haben

mühten und welche politische Strömungen dann nach oben kommen, ist sich gar nicht abzusehen. Eins nur ist sicher, weder eine Regierung Herzog-Rudolf-Eberich noch eine solche von Leo von Rosen-Edolf-Hoffmann sei gewillt, geschweige denn imstande, irgend welche Zahlungen auf Frankreichs Ansprüche zu vollziehen.

36 Milliarden Befahrungskosten.

Nach einer Mitteilung der „Daily News“ betragen die den Alliierten seit dem Waffenstillstand bis Ende September 1920 ersprochenen Befahrungskosten 35,9 Milliarden Papiermark. Die Höhe dieser Kosten ist doppelt so hoch, als bei den Versailles-Verhandlungen dem deutschen Vertreter in Aussicht gestellt wurde. Dazu kommt die enorme Steigerung der Befahrungskosten durch die Höhe der den Befahrungstruppen zugehörigen Gehälter. In der französischen Befahrungstruppe im Rheinland erhält ein Unterleutnant unbesoldeter 10 800 Fr. (47 169 M.), verbeamteter 12 000 Fr. (52 440 M.), ein Leutnant unbesoldeter 13 200 Fr. (57 684 M.), verbeamteter 15 600 Fr. (68 172 M.), ein Hauptmann unbesoldeter 18 800 Fr. (78 416 M.), verbeamteter 18 000 Fr. (81 282 M.), ein Major unbesoldeter 24 000 Fr. (104 880 M.). — Der deutsche Reichsbesatzter erhält mit 110 500 M. nur 5000 M. mehr als ein französischer unbesoldeter Major.

Branting und die Pariser Beschlüsse.

Gen. Branting, der Schwedische Ministerpräsident, der während der Kriegszeit eine leidenschaftliche Befürworter einer einmütigen Besetzung der besetzten Gebiete durch die Alliierten war, hat sich in der letzten Zeit in einer Reihe von Reden ausgesprochen, die die Besetzung der besetzten Gebiete durch die Alliierten als eine vorübergehende Maßnahme darstellen, die nur dazu dienen soll, die Ordnung wiederherzustellen. Er hat sich gegen die Besetzung der besetzten Gebiete durch die Alliierten ausgesprochen, die die Besetzung der besetzten Gebiete durch die Alliierten als eine vorübergehende Maßnahme darstellen, die nur dazu dienen soll, die Ordnung wiederherzustellen. Er hat sich gegen die Besetzung der besetzten Gebiete durch die Alliierten ausgesprochen, die die Besetzung der besetzten Gebiete durch die Alliierten als eine vorübergehende Maßnahme darstellen, die nur dazu dienen soll, die Ordnung wiederherzustellen.

Internationale Anleihe für Deutschland.

Der Reichstag hat am 24. Februar 1921 eine internationale Anleihe für Deutschland beschlossen. Die Anleihe soll in Höhe von 2 Milliarden Reichsmark ausgeben werden. Die Anleihe soll in Form von Staatsanleihen ausgeben werden, die in den wichtigsten europäischen Ländern abgesetzt werden sollen. Die Anleihe soll zur Deckung der Ausgaben für die Befahrung der besetzten Gebiete dienen.

England und Amerika.

Die Beziehungen zwischen England und Amerika sind in den letzten Jahren sehr gespannt gewesen. Die amerikanische Regierung hat sich gegen die britische Regierung ausgesprochen, die die Besetzung der besetzten Gebiete durch die Alliierten als eine vorübergehende Maßnahme darstellen, die nur dazu dienen soll, die Ordnung wiederherzustellen.

Salali.

Salali, ein deutsches Wort, das in der Dichtung vorkommt. Es bedeutet ein Spielzeug oder ein Spiel. In der Dichtung wird es in einem Dialog zwischen zwei Personen verwendet. Die Person A fragt die Person B, was Salali ist. Die Person B antwortet, dass Salali ein Spielzeug ist, das man spielen kann. Die Person A fragt weiter, was das Spiel ist. Die Person B antwortet, dass es ein Spiel ist, das man spielen kann, wenn man Salali hat.

zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten zu betonen. Dieser Zwischenfall ist in gewissen deutschen Zeitungen dahin aufgebauscht worden, als ob eine englandfeindliche Stimmung in den amerikanischen Regierungskreisen herrsche, die Deutschland aufzukommen können. Die „Times“ macht sich über die fälschlichen Kombinationen der deutschen Presse lustig, an einem Bruch der beiden Staaten sei nicht zu denken. Die bürgerliche Presse sollte sich doch die Worte Bernstorffs, die wir gestern zitierten, etwas besser merken.

Das Völkerverbandsmandat für Palästina.

Im London, 18. Februar. Der Text des Völkerverbandsmandats für Palästina gelangte hier zur Veröffentlichung. In der Einleitung wird die Selbstbestimmung der Völker betont, welche die Errichtung eines nationalen Heims in Palästina für das jüdische Volk bedeutet. Die Mandatsmacht hat die Verpflichtung, die politischen, administrativen und ökonomischen Interessen der jüdischen Bevölkerung zu berücksichtigen, während sie die Interessen der arabischen Bevölkerung zu berücksichtigen hat. Die Mandatsmacht hat die Verpflichtung, die jüdische Bevölkerung zu unterstützen, während sie die arabischen Bevölkerung zu unterstützen hat.

Politische Rundschau.

Rein Witten der Milchbewirtschaftung. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat ein Verbot erlassen, das die Milchbewirtschaftung in den besetzten Gebieten regelt. Die Milchbewirtschaftung soll nur durch die Alliierten kontrolliert werden. Die Milchbewirtschaftung soll nur durch die Alliierten kontrolliert werden. Die Milchbewirtschaftung soll nur durch die Alliierten kontrolliert werden.

1. Soldat: Für was ist's bloß! Das schmeißt den Affen...
2. Soldat: Wenn auch die ganze Welt einfielge...
3. Soldat: Was ist's bloß! Das schmeißt den Affen...
4. Soldat: Wenn auch die ganze Welt einfielge...
5. Soldat: Was ist's bloß! Das schmeißt den Affen...
6. Soldat: Wenn auch die ganze Welt einfielge...
7. Soldat: Was ist's bloß! Das schmeißt den Affen...
8. Soldat: Wenn auch die ganze Welt einfielge...
9. Soldat: Was ist's bloß! Das schmeißt den Affen...
10. Soldat: Wenn auch die ganze Welt einfielge...

Wer labortiert die Finanzreform? Wer zerrüttet durch die Klaf...
Wer rüftet nicht ab und spielt mit der Ein...
des Reiches? — Die Antwort weiß jedes Kind. Die Deutl...
Volksparlei muß die Wähler in Preußen für Diotek hal...

Nur gegen links. In Eilen begann am Donnerstag vor dem Schmutzger...
der Prozeß gegen 13 des Wortes und 2 der Aufreizu...
zum arde angeklagte Bergleute und Arbeiter, die am 18. M...
vorigen Jahres als Angehörige der Roten Armee 11 Mittglie...
der aus Sicherheitspolizei und Einwohnerwehren bestehenden...
sahung des Wasserturnes gestört haben. Es handelt sich daru...
um eine Kampfschuldung aus den Kapp-Tagen, die nur da...
durch die Amnestie nicht gedeckt wird, wenn die Betroffenen ni...
beabsichtigten, zum Schutze der Verfassung zu handeln. Sel...
wenn dies der Fall sein sollte, so bleibt doch die Tatsache best...
daß wegen der vielen von den Kapp-Rebellen geleitet...
ten Menschen noch kein einziger der Täter bestraft...
den ist.

200 Offiziere als Kläger. Bei dem Schöffengericht Jena haben etwa 200 Offiziere...
1914 in Belgien waren und in Thüringen anständig sind oder...
ringischen Regimentern angehört, gegen den Verlagsbuchhänd...
Eugen Diederich in Jena Privatklage erhoben wegen Ver...
breitung einer Behauptung in der Zeitschrift „Die Tat“, der...
folgte nach der Beobachtung eines europäischen Diplomaten jed...
deutsche Offizier fast ohne Ausnahme beim Einmarsch in Belgi...
gestohlen haben soll. Der Beklagte hatte mit dem Nationa...
verband Deutscher Offiziere einen Vergleich geschlossen, in dem...
erklärt, er habe diesen Vorwurf nur gegen einzelne Offiziere...
heben wollen. Die Privatkläger erkennen diesen Vergleich a...
für sie nicht verbindlich an. Das Urteil lautet wegen übler Ra...
rede auf 500 Mark Geldstrafe.

Gold für Frankreich. Nach Frankreich sind 24 Tonnen Gold von Deutschland tran...
portiert worden. Es handelt sich hierbei um zwei Golddepots d...
„Cettie publique Ottomane“ in Höhe von 60 Millionen Ma...
Gold, die auf Grund des Friedensvertrages den alliierten Regi...
rungen zu übereignen waren. Der Goldbestand der Reichsbank...
wird durch die Ueberführung der beiden Golddepots nach Fran...
nicht vermindert.

Württembergische Justiz. Nach einer Meldung aus Stuttgart verurteilte das dortige...
Schwurgericht neun Arbeiter zu insgesamt 4 Jahre...
4 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren 3 Monaten G...
fängnis, weil sie im Generallstreik vom August vorigen Jahr...
versucht haben, die Eisenbahner zur Teilnahme am Kampfe zu...
wegen. Den Anlaß zu dem Streik gab die wegen der Vermei...
dung des Steuerabzugs erfolgte militärische Befehung verschied...
ner Großbetriebe in Stuttgart und seiner Umgebung. Im Verlan...
des Streiks hatten die Angeklagten die Stilllegung des Betriebs...
auf dem Kornweilheimer Bahnhof durchgesetzt. Sie wurden des...
halb jetzt wegen schwerer Hausfriedensbruchs, Nötigung und B...
drohung von Beamten, sowie wegen Beschädigung von Bahn...
anlagen und Transportgefährdung zu den obigen Strafen ver...
urteilt.

Reine politische Nachrichten. Eine Konferenz der Ernährungsminister findet...
am 21. und 22. Februar in München statt.
Im österreichischen Verfassungsausschuß erklärte Bun...
destaatskanzler Raab, daß die Entente sich energisch gegen die...
Anschlußgebanken ausgesprochen und für den Fall der...
Nichtachtung ihrer Warnung mit Repressalien gedroht hat.
Der russische diplomatische Verkehr ist außer...
ordentlich lebhaft. Wie die estländische Regierung mitteilt, kamen...
vom April bis Dezember nicht weniger als 1620 diplomatische Au...
siedler nach Rußland und 587 kehrten zurück. Die meisten gingen...
nach den skandinavischen Ländern.
Der Bericht des amerikanischen Flottenausschusses be...
deutet, daß die amerikanische Flotte der Flotte jeder an...
deren Macht mindestens gleich ist.
Die Reichstagsabgeordneten für Ostpreußen...
und Schleswig-Holstein, die ebenfalls am 20. Februar...
vorgewählt werden, werden zum 6. März einberufen. An diesem...
Tage wird das Mandat derjenigen Abgeordneten aus diesen...
Landteilen erden, die nicht wieder aufgestellt oder nicht ge...
wählt worden sind.

Samuel Campers wurde auf der Jahreskonferenz der amerikanischen Gewerkschaftsverbände nach heftigem Kampfe wieder zum Präsidenten gewählt.

„Berlin-Tidende“ meldet aus Helsingfors, daß in dem großen Kommunistenprozeß jetzt das Urteil gefällt wurde. Unter den verurteilten 14 Personen befinden sich mehrere Kommunistenführer, die zu vier- bis sechsjähriger Zuchthausstrafe verurteilt wurden.

Die deutsche Kriegslasten-Kommission hat der Reparationskommission eine Note über die Kohlenlieferungen überreicht, in der die Unmöglichkeit der geforderten Leistungen dargelegt und um Bepfechtungen ersucht wird.

Die Streikgesetze im Mansfelder Erzbergbau ist beseitigt. Die Lohnverhandlungen haben ein befriedigendes Ergebnis gehabt. Die Werte genehmigten eine Zulage von 2 Mark für die Gültigkeit.

Die Sitzung des Bölkerbundsrats am 21. Februar soll in Paris stattfinden.

Der serbische Ministerrat hat dem Handelsvertrag mit Deutschland nicht zugestimmt.

Rußland.

Eine Katastrophe.

Wie die Petersburger „Pravda“ mitteilt, hat die Kommission für die Versorgung der Hauptstädte der Sowjetregierung Bericht erstattet, daß die Lage katastrophal sei; es sei unmöglich, das Getreide heranzufchaffen, da die Hügel aus Heizmittelmangel auf der Straße liegen bleiben. Daraufhin hat der Arbeits- und Verteidigungsrat eine besondere, aus sämtlichen Ressorts zusammengesetzte Kommission unter dem Vorsitz Lenins gebildet, die täglich Sitzungen abhält, um der Katastrophe vorzubeugen.

Ungarn.

Gegen Wucherer und Schmuggler.

Im Abgeordnetenhaus wurde mit den Stimmen sämtlicher Parteien ein Gesetz angenommen, wonach Wucherer und Schmuggler außer den im Kriegswucher- und Schmugglergesetz vorgesehenen Strafen noch in Strafzahlungen eingerechnet werden können. Die Einziehung erfolgt mindestens auf einen Monat und längstens auf ein Jahr. Die in Strafzahlungen eingerechneten haben im öffentlichen Interesse Arbeiten zu verrichten, wie Straßentehren, Lasttransporte, Straßenbau usw.

Frankreich.

Das Resultat der französischen Kammerdebatte.

In der gestrigen Kammer Sitzung wurde gegen Mitternacht die von der Regierung gebilligte Tagesordnung Fabry mit 368 gegen 117 Stimmen angenommen.

Rücktritt des französischen Botschafters?

Nach der G.S.-Korrespondenz wird der französische Botschafter Laurent, der gegenwärtig in Paris weilt, wahrscheinlich nicht auf seinen Posten in Berlin zurückkehren. Reichsminister Simons gegenüber hat er dies bei seinem Abschiedsbesuch, bei dem er die Einladung nach London überbrachte, angedeutet. — Sollte eine Laurent den Sündenbock für den Unfall der französischen Politik abgeben?

Zu viel Kohle.

Das Pariser Gewerkschaftsorgan „Peuple“ berichtet, daß in französischen Bergwerksbetrieben große Teile der Arbeiterkraft arbeitslos sind und die höchsten Beamten der staatlichen Bergverwaltung geben als Grund dafür die beträchtliche Einfuhr von Kohle und den geringen Verbrauch der Fabriken an.

England.

Drohender Eisenbahnerstreik.

England ist vor die Möglichkeit eines allgemeinen Eisenbahnerstreiks gestellt. Die Gewerkschaft der Lokomotivführer hat dazu die Initiative ergriffen auf Grund von ernstern Ereignissen auf dem Bahnhof in Mallo in der Grafschaft Cork (Irland). In Mallo überfiel eine Kompanie Freiwillige die Eisenbahner, zwang sie, sich auf dem Bahnhof „Hände hoch“ zu versammelnd und ließ sie dann eine Landstraße hinunterlaufen mit der gleichzeitigen Weisung, daß sie für ihr Leben laufen müßten. Es wurde dann auf sie geschossen. Ein Maschinenrengierer wurde sofort getötet, ein Heizer aus Cork starb an seinen Verwundungen. Sechzehn Mann gelang es, auf einer Lokomotive vorher zu entkommen.

- 1. Soldat (im Begriff, Holz auf das Feuer zu werfen): Mensch, muntere Dich nicht, wenn ich Dir das Holzstück auf's Maul schlage.
- 2. Soldat: Ihr habt kein Vaterland. Ihr seid ehelos! Wie könnt Ihr die Niederlage wünschen? Gibt's größere Gemeinheit?
- 1. Soldat: Soll das Hundeleben ewig dauern?
- 2. Soldat: Bei dem Teufel!
- 3. Soldat: Wenn wir doch verlieren müßten?
- 4. Soldat: Können wir siegen, Du Idiot?
- 5. Soldat: Geh doch allein in Grabsden!
- 1. Soldat: Hör mal zu! 7 Jahre Spielte ich Soldat, 3 Jahre mehr, bald vier Jahre im Gefilde. Das sind sieben Jahre des Lebens gestohlen, sieben Jahre Sklaverei, sieben Jahre früher ins Grab, sieben Jahre nichts verdient, sieben Jahre Nacht gespielt. Ist es nicht genug? Ist es nicht befreitlich, wenn ich Schritte heranzieh, mein Ein Ende, wenn's auch ein schlimmes ist. Denn Wunden geschehen nicht mehr, und nur durch Wunden können wir noch siegen.
- 2. Soldat: Haben es die Feinde besser?
- 3. Soldat: Brauchen sie zu hungern? Brauchen ihre Frauen und Kinder zu hungern?
- 4. Soldat: Wer hat schuld, daß sie hungern? Der Feind. Und den Feinde, der Euch zum Hungern zwingt, wüßtet Ihr den Sieg?
- 5. Soldat: Seine Kampfesweise nicht gemein?
- 1. Soldat: Gemein? Was ist nicht gemein im Kriege?
- 2. Soldat: Ist's recht?
- 1. Soldat: Gibt es ein Recht? Was ist Recht! Die Macht schafft sich das Recht, das ihr am besten paßt. (Der Sturm leucht stärker. Stimmen aus den Reihen der Soldaten.)
- 1. Stimme: Setz ruhig Ihr! Wir wollen schlafen!
- 2. Stimme (wimmern): Ist das nicht schmerzhaft! Kennt man mich hinausgeschickt, krank! Sechs Monate im Lazarett, und nicht geheilt, krank hinaus. . . Ich bin ja nur ein Sturmlauf.
- 3. Stimme: Ich hab eine Grugeleiden. hinaus zum Kommandantur laßt's! (Eine dunkle Gestalt erhebt sich höher und hat die Arme drohend empor): O die Lampen, die schlafen, die schlafen, die!
- 4. Stimme: Kommt, kriech nicht an mich, wir werden uns zusammen zu. (Die Gestalt legt sich.) Stimmen und Lachen.)
- 1. Soldat: (Für seinen Stuhl Brot?)
- 2. Soldat (zum 5.): Frage den Kommand. (zum 4.): Durch den Kommand, durch die, da bist Du's! Kommt, ich muß nicht hinaus, damit die Leiden enden.
- 1. Soldat: Was können denn die Sie wollen!

Freistaat Lübeck.

Freitag, 11. Februar.

Zum Achtstundentag

wird im zweiten Heft des Mitteilungsblattes der Lübecker Handelskammer folgendes geschrieben:

„Der neue Entwurf eines Gesetzes über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter, der auf einem früheren Entwurf aus dem Jahre 1919 fußt, hat gegenüber den starren Vorschriften der Achtstunden-Verordnung aus dem November 1918 eine Anzahl Verbesserungen aufzuweisen. Durch die neuen Entwürfe von 1919 und 1920 soll vor allen Dingen die Möglichkeit gegeben werden, Arbeitszeit und Arbeitsdauer den Bedürfnissen der einzelnen Gewerbebranche und Betriebe im Wege der Tarifvereinbarungen oder durch die Zulässigkeit sonstiger Ausnahmen wieder mehr anzupassen. Vom starren Grundgesetz des achtstündigen Arbeitstages gehen die neueren Entwürfe zum Grundgesetz der im Hinblick auf die tägliche Arbeitszeit beweglichen Achtstündigen Arbeitswoche über. Eine bei einer größeren Anzahl hiesiger Betriebe veranstaltete Umfrage hat ergeben, daß zwar die Arbeitsleistungen innerhalb der Arbeitszeiteinheit (Stunde, Schicht usw.) gegenüber dem niederschmetternden Tiefstand des Vorjahres sich wieder gebessert haben, daß aber wegen der auf acht Stunden verkürzten täglichen Arbeitszeit die Gesamtarbeitsleistung längst nicht den Vorkriegsstand erreicht hat. In der jetzigen schweren Zeit des wirtschaftlichen Wiederaufbaues unseres Vaterlandes ist die höchstmögliche Steigerung der Produktion die erste Voraussetzung zum Wiederaufstieg. Die wahllose Beschränkung der täglichen Arbeitszeit auf acht Stunden erschwert aber den Wiederaufbau nicht unbedeutend. Die jetzt noch geltenden Vorschriften über den achtstündigen Arbeitstag müssen auch insofern geändert werden, als es in Zukunft gestattet werden sollte, die Zahl der zulässigen Arbeitstage für Großbetriebe nicht für den ganzen Betrieb einheitlich, sondern für die einzelnen Abteilungen des Betriebes nach Bedarf getrennt zu berechnen.

Die Erfahrung, daß eine achtstündige Beschäftigungszeit der Angestellten in den Verkaufsstellen des Einzelhandels gewerblich vielfach unzureichend ist, hat einige Verbände des Einzelhandels veranlaßt, bei der Reichsregierung die Erweiterung der zulässigen täglichen Beschäftigungszeit für Ladenangestellte auf 9 Stunden zu betreiben. Die Durchführung wird jedoch nach Ansicht der Kammer nicht angängig sein, solange nicht allgemein eine anderweitige Regelung der täglichen Arbeitszeit erfolgt ist. Andererseits ist aber auch die Forderung einzelner Angestelltenverbände, welche die Verkaufszeit in offenen Läden durch Gesetz auf acht Stunden beschränken möchten, abzulehnen. Der Vorschlag, in Städten und Gemeinden unter 25 000 Einwohnern die Beschäftigung der Angestellten an Sonn- und Feiertagen für zwei Stunden zu gestatten, stellt eine einseitige Bevorzugung der Landstädte dar, die die Kammer nicht gutheißen konnte.“

Aus diesem Artikel spricht recht deutlich der sehnsüchtige Wunsch, den Achtstundentag für Arbeiter und Angestellte sobald als nur irgend möglich zu beseitigen. Man spricht fortgesetzt von der Notwendigkeit der Steigerung der Produktion; dabei liegen Lausbude und aber Lausbude von Arbeitstagen froch, die schließlich auf Einziehung in den Produktionsprozeß warten. Bei der heutigen tiefen Arbeitslosigkeit ist die Forderung auf Verlängerung der Arbeitszeit geradezu widersinnig.

Gibt reichlich für Oberschlesien!

(L. u. O.)

Erhöhung der Teuerungszuschläge für die Beamten. Der den Reichsbeamten zustehende Teuerungszuschlag zum Grundgehalt und zum Ortzuschlage ist mit Wirkung vom 1. Januar 1921 ab von 50 o. S. für die Orte der Ortsklasse A auf 70, B auf 67, C auf 65, D auf 60, E auf 55 vom Hundert erhöht worden. Lübeck wird diesem Vorgehen folgen müssen. Nach einer hierzu eingehenden Mitteilung des Reichsministers der Finanzen ist die Reichsregierung bereit, für die Mehrkosten, die den Ländern aus der Erhöhung der Teuerungszuschläge für ihre Staatsbeamten, Ruhegehaltsempfänger und deren Hinterbliebene entstehen, Mittel in den Reichshaushaltsplan einzustellen. Soweit diese Mehrkosten nicht bereits gedeckt werden durch den Mehretrag an Einkommensteuer, der den Ländern aus dem erhöhten Einkommen der Beamten usw. des Reichs und der Länder zukommt. Für Lübeck kommt eine Erhöhung der Teuerungszuschläge für die Beamten, die Senatorsmitglieder, die im Ruhestand befindlichen Beamten und Senatorsmitglieder, die Hinterbliebene der Beamten und der Senatorsmitglieder sowie die Angestellten in Betracht. Eine Berechnung der Mehrkosten hat ergeben, daß für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. März 1921 insgesamt ein Mehrbetrag von rund 1 200 000 M. erforderlich ist. Dabei sind für die Beamten usw. in der Stadt und im Einmündungsgebiet die Sätze der Ortsklasse B, in die Lübeck mit Wirkung vom 1. April 1920 eingereiht wurde, zugrunde gelegt worden. Für das Landgebiet müßten die Sätze der Ortsklasse E eingestellt werden. Für die Beamten und Angestellten der Lübedischen Geländehaft in Berlin sind die Sätze der Ortsklasse A maßgebend. Von der vorhergesehenen Summe von 1 200 000 M. sind die ersten Teuerungszuschläge für die Angestellten mit rund 212 500 M. in Abzug zu bringen, weil die Mittel dafür erst demnächst einemworfen werden können. Die auf Grund des nur vorläufig in Kraft getretenen Tarifvertrages vom 1. Oktober 1920 erhobenen Beiträge der Angestellten, die schuldnersmäßig gleichmäßig auch die höchsten Zuschläge erhalten müssen, sind nämlich bis zur Beendigung der Beratungen des gemeinsamen Ausschusses des Senates und der Bürgerschaft zur Nachprüfung der Belastungsordnung vorbehaltenlich höherer Genehmigung aus bereiteten Mitteln gezahlt worden. Für die Erhöhung der Teuerungszuschläge für die Beamten usw. und demgemäß 987 500 M. erforderlich. Der Senat ist der Ansicht, daß die Ausföhrung der erhöhten Beträge unversichtlich stattfinden muß und demnach nicht so lange gewartet werden kann, bis die erforderliche Bewilligung aus Reichsmitteln erfolgt ist. Er stellt daher zur Mittanzahlung der Bürgerschaft, daß die den Beamten usw. für die Zeit vom 1. Januar 1921 bis zum 31. März 1921 zustehenden Teuerungszuschläge erhöht werden, und zwar am 20 a. S. für Berlin, um 17 a. S. für die Stadt Lübeck und des Einmündungsgebiet sowie um 5 a. S. für das Landgebiet, und daß die dafür veranschlagte Summe von 987 500 M. bereitgestellt werde.

Verantwortliche Berichterstattung. Man schreibt uns: Unter dem Titel „Der D. N. und die Forderungen des Tages“ bringen die „Lübedischen Anzeigen“ in der Nr. 88 vom 10. Februar die Nachricht, daß in der Versammlung des D. N. am 2. Februar in der Zentralschule eine Entschließung gegen die Pariser Weltstille gegen die Stimmen des „Zentralverbandes“ und keiner Anhänger angenommen wurde. (III) In der „Lübedischen Zeitung“ (Nr. 84 vom 20. Februar) sind es die Anhänger des D. N., welche gegen die Entschließung gestimmt haben sollen. Der Vertreter des „Central-Anzeigers“ hat um 11 Uhr die Versammlung verlassen, weil aber trotzdem, daß es die Anhänger des D. N. waren, welche am 1. Februar die Entschließung gestimmt haben sollen. Maner erkennen diese Berichterstattung, in einer öffentlichen Besprechung die Verantwortlichen der ständigen Organisationskommission? In dem allgemeinen Rat, beide bei der ungeschicklichen

Beitrag mußte ein großer Teil der Versammelten (viele waren schon beim Ausbruch, überhaupt nicht, worum es sich handelte und beteiligte sich deshalb nicht an der Abstimmung. Die Vertreter der Preise sollten sich bemühen, der Öffentlichkeit ein der Wahrheit entsprechendes Bild von dem Verlauf derartigen Beratungen zu geben, oder auf eine Berichterstattung verzichten. Mit einer derartig frivolen Berichterstattung ist der Allgemeinheit nicht gebührt.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Man schreibt uns: Im Dezember d. J. wurde in Lübeck eine Arbeiter-Samariter-Kolonie zu dem Zwecke gegründet, der Arbeiterschaft Lübeds Gelegenheit zu geben, sich als Samariter auszubilden zu können, um bei Unglücksfällen und sonstigen Anlässen helfend einzugreifen zu können. Am Donnerstag, dem 17. Februar, abends von 7½ bis 9 Uhr beginnt nun der Kursus in der Gewerbeschule unter Leitung von Herrn Dr. Raben. In die Arbeiterschaft Lübeds ergeht nun der Ruf, sich an diesen Kursen zu beteiligen, damit jeder in der Lage ist, bei Unglücksfällen die erste Hilfe zu leisten.

Volkshochschule. Am Johanneum wird am Sonntag, dem 12. Februar 1921, abends 8 Uhr, Fraulein Dr. Gernemann über Romani Hollands Johann Christof und seine Bewertung deutschen Lebens sprechen. Der französische Dichter, der die Förderung einer allgemeinen Volksbildung zu seiner Lebensaufgabe machte, verdient, in einer deutschen Volkshochschule beachtet zu werden.

Billige Kleidungsstücke. Am 14. bis 28. Februar in verschiedenen Geschäften, wie die Preisermittlungskommission heute durch ein Interat bekannt gibt, abgegeben. Die Firmen haben sich bereit erklärt, die Waren zum Einkaufspreis und teilweise unter Einkaufspreis verkaufen zu wollen.

Stadttheater. Freitag wird „Zwangseinquartierung“ wiederholt. Sonntag wird in Ersatzfühlung von „Don Carlos“, Sonntag nachmittags Vorstellung der „Matth. Volkspoll“, „Pantoffeln in den Gassen“, abends „Lohengrin“. In den Kammerjungen der gestern mit glänzendem Erfolg aufgeführte Gnaströgen von U. Schnitzler.

Ringkämpfe im Gewerkschaftshaus. Resultate vom Donnerstag: Schmidt besiegt im Entscheidungskampf Wittke in 35,40 Minuten durch Untergriff von unten. Carlens-Gich und Karvonen ringen unentschieden, während im Revanche-Kampf Marica gegen Urbach letzterer in 20 Min. durch strangulierenden Griff am Hals Weinschlüßel den Sieg davon trug.

Angrenzende Gebiete.

Genau. Unregelmäßigkeiten sollen nach dem „Samb. Fremdenblatt“ bei der hiesigen Zollstelle in der Zuführung von Mehl an verschiedene Bäderstellen beobachtet worden sein. Ein Angestellter ist infolge dessen entlassen worden. Die Schließung der beteiligten Bäderstellen soll für einige Zeit bewarrhen. — **Notgeld.** Obgleich erst vor kurzer Zeit mit der Ausgabe des Gutschein Notgeldes begonnen wurde, ist doch schon als Opfer der Sammelraut von auswärtigen Händlern und Briochamulern bedeutende Mengen aufgekauft worden.

Geheimnisse. Schiedsgericht im Pflanzergewerbe. Zur Beilegung des die Pflanzergewerbe betreffenden Schiedsgerichts im Pflanzergewerbe im Unter-Rhein-Gebiet wurde vom Reichsarbeitsministerium unter Vorsitz des Richterpräsidenten Dr. Weingert am 4. Februar geöffnert. In diesem Schiedsgericht sind nunmehr alle Pflanzergewerbetreibenden einmündig ein Schiedsgericht gewählt. Der für alle Pflanzergewerbetreibenden nunmehr für die Pflanzergewerbe in demselben Gebiet und für jeden abgetrennten Teilgebiet ernannten Schiedsrichter. Die Tarifkommissionen jeder Partei werden der Annahme des Spruches ihren Vorschlag empfehlen.

Odenburg. Aus dem Odenburger Reichstagswahlbezirk. In der Sitzung des Reichstages vom 10. Februar Dr. Dreier hat, daß der Odenburger Reichstagswahlbezirk mit rund einer Million ein hundert achtundfünfzig Millionen Mark, von denen achtundzwanzig Millionen Mark vom Reich für die Verbesserung der Eisenbahnen zur Verfügung zu stellen. Ein neues Landbesteuergesetz steht in Aussicht.

Neueste Nachrichten.

Der neue italienische Botschafter beim Reichshofmännern. **II. Berlin, 11. Februar.** Der Reichspräsident hat gestern den neu ernannten italienischen Botschafter Vittorio Roscioni zur Entgegennahme seines Abschiedsgeschäftes eingeladen. Der Botschafter lagte u. a.: Das deutsche Volk und das italienische Volk müßten in der Schmach nicht getrieben und menschlicher Solidarität Hand in Hand gehen. Reichspräsident Oberthaler im Namen der deutschen Völker und bestonte, daß Deutschland erstens die in jeder Hinsicht und vertranuensvoller Zusammenarbeit mit den anderen Nationen an dem Wert des wirtschaftlichen Wiederaufbaues heranzutreten und daß es ein gleiches Verhalten auch von den anderen Völkern und ihren Regierungen erwartet.

Not und Verbrechen. **III. Essen, 11. Februar.** Am Vorabend der Eisenbahn-Direktion Oberfeld ist in den Monaten November und Dezember 1920 die Verabreichung von Eisenbahntickets in drei hiesigen Hauptbahnhöfen 319 Eisenbahntickets wurden erbehalten. Daraus waren 197 Eisenbahner und 122 Privatleute. Vom 1. April bis 1. November 1920 wurden für Privatleute, Besatzungen und Verladungen von Gütern in diesem Eisenbahn-Direktionsbezirk allein über 38 Millionen Mark gezahlt.

Militärische Vorbereitungen der Franzosen. **III. Lizer, 11. Februar.** Die „Projet de Mobilisation“ enthält, bestätigt es sich, daß Oberfeld nach und der Kommandantur der Rheinarmee, General Deunne, im besetzten Gebiete militärische Vorbereitungen treffen für eine eventuelle Wiederkehr der Weisung. Die Wärsen D'Amont erhebt sich die Infanterien für den Fall eines Einmarsches in das rechtsrheinische Gebiet.

Vereinigung der Demokraten. **III. München, 11. Februar.** Der Bayerische Bauernbund hat, wie das „Welt-Tageblatt“ erzählt, in seiner letzten Generalversammlung die Vereinigung mit dem Deutschen Bauernbund beschlossen, der im Reiche der Demokratischen Partei angegeschlossen und im Reichstag durch den hiesigen Abgeordneten Reichmann vertreten ist. — Ein eigenartiger Gesinnung für die „Demokraten“.

Arbeiter und Gendarmen. **III. Brüssel, 11. Februar.** Die „Globe“ meldet, daß die Arbeiter von Wervaken infolge der industriellen Krise die Fabriken besetzten und für eigene Bedienung arbeiten wollten. Die Gendarmerie griff ein und schloß die Fabriken.

Ungetreuer Politiker. **III. Magdeburg, 11. Februar.** Bei der Wahlung eines Mitglieds des Reichstages von der Oberparlamentarischen gewählten Beisetzungsstelle besetzte sich ein Kandidat mit dem Namen „Karl“ 215 000 Mark heraus. Gegen den Kandidaten, Deutscher Reichstags-Deputierter, eine Untersuchung eingeleitet werden, die ergab, daß die Summe von Beträgen nicht einwendbar erfolgt ist.

Verantwortlich für den politischen und allgemeinen Teil: **Herrmann Bauer.** Für die Redaktion: **Herrmann Bauer, August Scholtz.** Für die Druckerei: **Reinhold Steinhilber.** Druckerei: **Reinhold Steinhilber.** Samtlich in Lübeck.

Die dem Reichsverband für Herren- und Knabenbekleidung, Ortsgruppe Lübeck angeschlossenen Firmen:

- Spille & v. Lühmann
- Rudolf Karstadt
- Ang. Haerder & Co.
- Markmann & Meyer
- Ehlers & Rethwisch
- J. H. Pein
- Otto Albers
- Gebr. Vandsburger
- Hans Struwe
- Johns. Holst
- Adolph Meinke

haben sich im Einvernehmen mit der Preisfestsetzungskommission bereit erklärt, folgende Waren zum Staffelpreis und vielfach darunter vom 14. bis 28. Februar als Hoffandaktion zur Verfügung zu stellen.

Herrn-Anzüge
375⁰⁰ 475⁰⁰ 575⁰⁰

Herrn-Hosen
68⁰⁰ 85⁰⁰

Durchwandanzüge
325⁰⁰ 425⁰⁰ 525⁰⁰

Die Preisfestsetzungskommission hat sich durch Besichtigung der Waren unter Hinzuziehung von Sachverständigen von der Güte der Qualität wie auch von der Richtigkeit einer wörtlichen Hoffandaktion überzeugen können. Sie kann deshalb den Kauf dieser Sachen bestens empfehlen.

Die Preisfestsetzungskommission
J. H. & S. Sings.

Spar-Klub Einsegel
Am Sonntag, dem 12. Februar.

Großer Ball im Casino Einsegel
Am Sonntag, dem 12. Febr.

Sparklub „Trave“
Am Sonntag, dem 12. Febr.

Grosses Kappentfest
im Anschlusstheater „Kanal“
Am Sonntag, dem 12. Febr.

Große Vorteile

hierzu meine

Gerien-Tage

Gestr. Damenhemden, weiß . . . 9.50	Damen-Korsetts, pr. helle Ware 29.50
Gestr. Dam.-Untertalben . . . 9.50	D.-Reformhosen, leichte Qual. 29.50
Gestr. Knüttelher . . . 9.50	Küchen-Schürzen, extra weit 29.50
Dam.-Feststrümpfe, pr. Qual. . . 9.50	Bausandsschürzen . . . 29.50
Trikot-Herren-Unterhosen . . . 9.50	Herrn-Fatter-Unterhosen . . . 29.50
Schwere woll. Herren-Socken 9.50	Damen-Stickerel-Hemden . . . 29.50
Handtaschdrolle, 18 x m . . . 9.50	Farbige Schlafdecken 185/200 39.50
Hemdtauch, 80 cm großmäßig m 9.50	Stickerel-Unterröcke . . . 39.50
Dam.-Ref.-Schleider . . . 19.50	Stickerel-Damen-Hemden . . . 39.50
Kinder-Strümpfe in allen Größen 19.50	Herrn-Normalhemden . . . 39.50
Gestr. Herren-Westen . . . 19.50	Bettstätt, 190 cm br., la. Qual. m 39.50
Kleinwoll. Herren-Socken . . . 19.50	Elag. Stickerel-Unterröcke . . . 49.50
Spar-Herren-Unterhosen, w. 19.50	Herrn-Hemden mit Einsatz . . . 49.50
Parade-Handtaschen, einzeln 19.50	Weiße Schlafdecken, 185/200 49.50
Länderstoffe, gute Ware . . . 19.50	Weiße Bettamast, 140 cm breit 49.50
Bardinen 80 cm breit, m . . . 19.50	Echt rot Bettinlett, 190 cm . . . 49.50
Paquet für Nachschicken 19.50	Wasserkleid, 4 m . . . 49.50
Kanzleierstoffe, gezw. . . 19.50	Kleinwoll. Chevots, 90 cm br. 49.50

Hans Struve Lübeck,
Königstraße, Ecke Wahnstr.
Rendsburg. Neumünster. Itzehoe.
18572

Süddeutscher Verein Lübeck

Gr. Münchner Maskenredoute

am Sonnabend, dem 12. Februar 1921
im Konzerthaus Lübeck, Fackelburger Allee.
Eintritt 6 Mark.

J. H. Stein
Am Markt 12
Breite Straße 64.
Eintritt 6 Mark.

Heute am Freitag
Jiu - Jitsu - Kampf
Schmidt geg. Steens
um 3000 Mark!

Kolosseum Ball
Jeden Mittwoch
und Sonnabend
Abend 8 Uhr
Eintritt 1 Mark.

Stadthallen-Lichtspiele
Sonn- und feierliche Tage: (18588)

Anna Boleyn
mit
Henny Porten.
Ein interessantes Bioprogramm.
Die besten der Nachmittagsvorstellungen zu den billigsten.



Erdal
Spare am rechten Fleck!
Erdal ist sparsam, weil es ausgiebig ist, deshalb spare durch Erdal.

Preis-Skat
morgen Sonnabend, den 12. Febr., 7 1/2 Uhr.
In. Tischpreise. (18576)
Gambrinus-Halle!
Partengr. Ede Obertrape.
Paul Schneidewind.

Preisstat
Sonntag, d. 13. Februar
nachmittags 4 Uhr.
Polierkrug.
Preis-Stat.
Morgen Sonnabend,
abends 7 1/2 Uhr.
In. Tischpreise. (18578)
Fr. Altmann, Sadowai 11a.

Hodermann
Morgen Sonnabend
ab 4 1/2 Uhr nachm.
Extra-Konzert
mit verstärktem
Orchester.
Eintritt frei. (18586)

Preis-Stat
Sonnabend, d. 12., 7 1/2 Uhr
Sonntag, d. 13., 4 1/2 Uhr
Rest. Johs. JürB,
18581) Cnaclegrube 5

Männer-Gesangverein
Seeretz - Dänischburg
Mitgliedschaft des deutschen
Arbeiter-Sängerbundes.
Einladung zum
hum. Kappentfest u. Ball
verbunden mit
großen Überraschungen
am Sonntag, 13. Februar
im Lokale des Herrn E. Cordts.
Anfang 7 Uhr.
18589) Das Festkomitee.

Gewerk-
schaftshaus
Letzte Tag!
Heute Freitag:
Jiu - Jitsu
Herausforder.-Kampf
um die Prämie
von 3000 Mark
Schmitz g. Steurs.
18589) Ferner ringen:
Grünwald, Rhid,
geg. Järvinen, Finnland.
Entscheidungskampf
Hansen - Esch
Meisterr. v. Deutschland,
geg. Riese Warjak
Helsingfors, Finnland.
Letzte Tag!

Nur im
Biophon!
2 große Vortragsaufführungen.
Der unheim-
liche Chinese
Die atemraubende amerik.
Riesensensation! Noch nie-
mals ist ein Filmwerk von
auch nur annähernder Span-
nung über die Weltwand!
Das Geheimnis
von Bombay.
Das Abenteuer
einer Nacht.
Große Sittentragedie.
Des großen Andranges
wegen sind gebeten, die
Nachmittags-Vorstellungen
zu besuchen. (18587)

8 1/2 Uhr
(18589)
Das phänomenale
Februar-Programm
mit Gottlieb Reeck

Volks-Hochschule.
Sonnabend, 12. Febr. 1921,
abends 8 Uhr, im Robannum
Vortrag: Überblick in Dr.
G. Göttemann über Romant.
Hollands Johann Gynstoff
u. seine Heimat, Deutsch. Illu-
strat. Eintritt 1. Höter frei!
Fackelträger 1. Mal. (18584)

Hansa-Theater
Heute (18584) (Seite 1) form
Sonnabend u. Sonntag 7 1/2
(18581)

Wilde Augen
mit Selbstmord.
Wunder 18542
Japan - Höhe
Aug. Janensch
Sandstraße 6.

Stadtheater Lübeck
Heute, 12. Febr. 1921
Abend 8 Uhr, 1. Vorstellung
Die Schürzenherrscher.
Sonntag, 13. Febr. 1921
Abend 7 1/2 Uhr, 2. Vorstellung
Die Schürzenherrscher.
Sonntag, 13. Febr. 1921
Abend 7 1/2 Uhr, 3. Vorstellung
Die Schürzenherrscher.
Sonntag, 13. Febr. 1921
Abend 7 1/2 Uhr, 4. Vorstellung
Die Schürzenherrscher.
Sonntag, 13. Febr. 1921
Abend 7 1/2 Uhr, 5. Vorstellung
Die Schürzenherrscher.

An die Metallarbeiter!

Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes erläßt an sämtliche Mitglieder einen Aufruf, der in seinen wesentlichsten Grundzügen lautet:

Werte Kollegen und Kolleginnen!
Deshalb haben wir an euch die erste Mahnung gerichtet: **Wahrt die Einheit und Geschlossenheit der Organisation!** In gleicher Weise hat der erweiterte Beirat unseres Verbandes wiederholt an euch appelliert, getragen von der Erkenntnis, daß nur eine geschlossene, einheitliche Kampfesfront die Arbeiterklasse in den gegenwärtigen schweren Zeiten überwinden zu können.

Die gegnerischen Organisationen (Christliche, Hirsch-Dunker'sche, Unionisten, Gelbe u. a.) rannten bisher vergeblich gegen unsere Organisation an. Und ebensowenig vermochte das organisierte Unternehmertum, die Wirtschaftskrise zum planvollen Vorstoß gegen die Arbeiterklasse benutzend, den kraftvollen Widerstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu brechen. Alle Versuche unserer Feinde, die geschlossene Phalanx unserer Organisation zu sprengen, scheiterten. Doch was unseren Gegnern bisher nicht gelang, droht nunmehr aus dem eigenen Lager!

Unter der irreführenden Maske „der Geschlossenheit und Einheitlichkeit der Organisation des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes“ beruft die Fraktion der kommunistischen Metallarbeiter Berlins zu Ende Februar d. Js eine „Metallarbeiter-Reichskonferenz“. Als vorläufige Tagesordnung schlägt man vor: „Ausdrücke über Mittel zur Wahrung der Einheit des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes“. Glauben die Einberufer wirklich, daß dieser „harmlos“ klingende Tagesordnung Knebel im Munde der Arbeiter zu stecken? Das soll und wird ihnen nicht gelingen. Voran es den Einberufern in Wirklichkeit ankommt, läßt ja bereits der fulminante Aufruf zu dieser Reichskonferenz unüberwunden erkennen. Der Aufruf spricht von der burgfriedlichen Gewerkschaftszentrale, von Burgfriedens- und Arbeitsgemeinschaften, Unterdrückung der Meinungsfreiheit, brutalem Sittenverfall der gewählten Vertrauensmänner der Mitgliedschaften aus ihren Ämtern, Unterbindung der Versammlungen und behauptet, Vorstand und Beirat wollen die Organisation spalten und seiteten der Bourgeoisie Bütteldienste zur Schwächung unserer Kampfkraft.

So reicht man eine Verleumdung an die andere, so häuft man die Beschimpfungen gegen Vorstand und Beirat wider besseres Wissen!

Die Verfasser des Aufrufes wissen, daß Vorstand und Beirat Burgfrieden und Arbeitsgemeinschaften ablehnen und für sie wie für die Gesamtorganisation die Beschlüsse unseres letzten Verbandstages maßgebend sind.

Die kommunistische Fraktionsleitung der Metallarbeiter Berlins — hinter ihr verbirgt sich „schamhaft“ die Reichsleitung der gleichen Fakultät! — weiß, daß in unserer Organisation die Meinungsfreiheit jedem Verbandsmitglied gesichert ist. Sie wissen ebensogut, daß Vorstand und Beirat als das höchste Gut der Metallarbeiter die Einheit ihrer Organisation betrachten und lediglich aus dem Grunde die Beschlüsse des erweiterten Beirats gefaßt werden mußten, um die Organisation nicht durch das Moskauer diffidierte Treiben zu einem Trümmerhaufen werden zu lassen.

Die Einberufer der „Reichskonferenz“ wissen ferner, daß niemand im Vorstand und erweiterten Beirat daran denkt, auch nur ein Mitglied aus unserem Verband auszuschließen, weil er Mitglied der kommunistischen Partei oder Anhänger einer bestimmten Weltanschauung wäre. Die Organisation kann jedoch einem planmäßigen, die Gewerkschaft zerstörenden Treiben nicht ruhig zusehen. Und lediglich gegen diejenigen, die diese die Interessen des Verbandes aufs schwerste schädigende Zerstörungsarbeit betreiben, richten sich die vom erweiterten Beirat gefaßten Beschlüsse.

Sollen wir uns gegen die verlogene Behauptung des Aufrufes wenden: „Unser Gewerkschaftsvorstand weigert sich, den Kampf gegen das Kapital aufzunehmen?“ Nein! Solche Unwahrheiten müßten sich von selbst. Ueber die Haltung und Beschlüsse des Verbandes und erweiterten Beirats informieren euch die in Nr. 5 und 6 der Metallarbeiter-Zeitung wiedergegebenen Verhandlungen der letzten erweiterten Beiratsitzung und es ist festzuhalten,

daß selbst kommunistische Mitglieder des erweiterten Beirats für die dort gefaßten Beschlüsse stimmten oder, aber es ablehnten, dagegen zu votieren und sich deshalb der Abstimmung enthielten.

Was man beabsichtigt, ist klar: Zunächst versucht man Mitglieder unserer Organisation in der gekennzeichneten Weise aufzuspüren und sie zur Besichtigung dieser „Reichskonferenz“ zu veranlassen. Ist dann die Organisation gezwungen, gegen die das Statut größtenteils verletzende und die Interessen des Verbandes aufs schwerste schädigenden Personen vorzugehen, dann hofft man jenen Teil der Verbandskollegen, die sich durch die Manöver der Konferenzberufer u. a. täuschen ließen und die gegen die Beschlüsse des Verbandstages verstoßende und diese statutarisch unzulässige „Metallarbeiter-Reichskonferenz“ beschickten, zur „Solidarität“ mit den Drahtziehern dieser Reichskonferenz aufrufen zu können.

So soll planmäßig der Keil in unsere Organisation hineingetrieben werden, so hofft man, einen Teil von Verbandsmitgliedern dorthin treiben zu können, wohin man sie haben will, und das bedeutet die Zerstörung unserer in jahrzehntelanger Arbeit und Kämpfen aufgebauten Organisation.

Indem wir unsere Verbandskollegen im Reich auf diese Pläne und Methoden aufmerksam machen, fordern wir sie gleichzeitig auf, jede Aufforderung zur Besichtigung dieser „Metallarbeiter-Reichskonferenz“ strikte abzulehnen.

Bauern entwaffnet.

Die Rahr und Escherichs behaupten immer, die Auflösung der Einwohnerwehren sei unmöglich. Das ist natürlich eine dumme Redensart der verlogensten Regierung der Welt. Wir wollen heute einen Beweis dafür bringen, daß die bayrische Regierung auch anders kann. Hier ist es:

Vertreter des Staatskomms.
f. Mittelfranken.

Betreff: An die Kräftg. Mittfr.
Die Einwohnerwehr Zirnborf.

Nachstehend gestatte ich mir, Auszug aus einem an die Kräftg. der Techn. Ksth. Nbg. J. gerichteten Schreiben zur gest. weiteren Veranlassung mitzuteilen: In Zirnborf kommen als lebenswichtige Betriebe das Wasserwerk und die elektrischen Anlagen in Frage. Ein Schutz durch die dortige Einwohnerwehr ist nicht möglich, da die E.-W. sich nur aus sozialistischen Elementen zusammensetzt und bürgerliche Mitglieder angeblich in ihr nicht geduldet werden. Die Stärke der E.-W. beläuft sich auf 50 M., 300 Gew., 7-8 M. G. Da die E.-W. Zirnborf in dieser Waffenstärke und Zusammensetzung ihren Zweck im Bedarfsfalle unmöglich erfüllen wird und außerdem § 2 und 4 der Satzungen des Landesverbandes der E.-W. Bayerns nicht entspricht, und die Bürgerlichen anscheinend weder die nötige Energie noch das Interesse zeigen, eine Aenderung des Verhältnisses herbeizuführen, wird hiermit beantragt, daß die dortige E.-W. entwaffnet und aufgelöst wird.

Soll man zu diesem Dokument noch viele Worte verlieren? Es zeigt doch haarklein, was sich die Ehrliche unter den Schutz der Einwohnerwehr vorstellen. Es zeigt aber auch, daß man die Einwohnerwehr sehr wohl entwaffnen kann, wenn sie sich nicht zu Bütteldiensten der Reaktion hergeben. Da liegt der Hund begraben.

Freistaat Lübeck.

Freitag, 11. Februar.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Nach der Bekanntmachung des Reichsfinanzministers vom 21. Dezember 1920, betreffend die HöherEinstufung von Orten im Ortsklassenverzeichnis des Besoldungsgeleges, befindet sich Lübeck in der Ortsklasse B. Die Erwerbslosen werden von den teuren Lebensverhältnissen nicht minder schwer betroffen als die Beamten. Daher erscheint es angebracht, auch die Unterstützungssätze für die Erwerbslosen um diejenigen Beträge zu erhöhen, um die die

Höchstsätze der Ortsklasse B diejenigen der Ortsklasse C, in der Lübeck bisher war, übersteigen. Mit Rücksicht auf die ungünstige Arbeitsmarktlage, infolge derer auch in Lübeck die Erwerbslosigkeit länger dauert als bisher, erscheint es ferner nicht zweckmäßig, die hier gezahlten Unterstützungssätze niedriger als die in der Verfügung des Reichsarbeitsministers vom 18. Oktober 1920 angegebenen Höchstsätze zu halten. Für die weiblichen Personen und für die Kinder hat Lübeck bislang nicht einmal die Höchstsätze der Ortsklasse C gemäß der genannten Verfügung erzielt, sondern ist zum Teil erheblich darunter geblieben. Der Senat erachtet mit dem Arbeitsamt folgende Erhöhung der Unterstützungssätze als angemessen:

	3. 3. werden gezahlt:	Vorschlag:
1. für männliche Personen		
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines andern leben	8,— M.	9,— M.
b) über 21 Jahre, sofern sie in dem Haushalt eines andern leben	7,— M.	7,25 M.
c) unter 21 Jahre	4,50 M.	5,50 M.
2. für weibliche Personen		
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines andern leben	5,— M.	7,25 M.
b) über 21 Jahre, sofern sie in dem Haushalt eines andern leben	4,— M.	5,25 M.
c) unter 21 Jahre	2,50 M.	3,50 M.
3. Familienzuschläge		
a) für den Ehegatten	3,— M.	3,75 M.
b) für die Kinder	2,— M.	3,75 M.
c) für sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	2,— M.	2,75 M.

Dabei ist besonders zu bemerken, daß der Unterstützungssatz für weibliche Personen über 21 Jahre in der Ortsklasse B mit 7,25 M den jetzt gezahlten Unterstützungssatz von 5 M sehr erheblich übersteigt. Der Senat hat aber geglaubt, einen Unterschied hinsichtlich der Heraushebung der jetzigen Sätze nicht vorzuschlagen zu sollen, da seit langem von den Erwerbslosen gefordert wird, daß in Lübeck die zulässigen Höchstsätze gezahlt werden. Wenn der Senat es auch bislang als angemessen angesehen hat, trotz der Forderung der Erwerbslosen die Unterstützungssätze nicht auf die zulässigen Höchstsätze heraufzusetzen, so scheint dies nunmehr, wo, wie erwähnt, die Erwerbslosigkeit länger andauert als in früheren Zeiten, der berechtigten Grund fortgefallen zu sein. Die Erhöhung der Sätze wird zweckmäßig vom 1. Februar 1921 an in Kraft treten. — Der Senat stellt demnach zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft: daß mit Wirkung vom 1. Februar 1921 ab die Unterstützungssätze für Erwerbslose auf die vorstehend vorgeschlagenen Beträge erhöht werden.

Blinder Eifer!

Einen fetten Bissen glaubt das „Amisblatt“ wieder einmal seinen Lesern vorsetzen zu können. Es brachte am Mittwochabend eine Notiz aus Berlin über die „Folgen der Sozialisierung“, die so lautet:

„Die sozialisierte Berliner Straßenbahn ist nun vollends in Grund und Boden gewirtschaftet. Damals hatten es die Radikalen nicht eilig genug, um dieses Unternehmen, das bisher Privatbesitz war, zu „kommunalisieren“. Nun ist das Defizit so riesengroß geworden, daß man heute nicht nur danach schreit, daß das Primärkapital wieder an dem Besitz interessiert werde, ja man wünscht sogar, daß das Reich mit einer Millionengabe diesem verlotterten und durch die Betriebsratswirtschaft vollständig desorganisierten Betrieb beibringt. Das deutsche Volk wird sich aber dafür bedanken, für die kommunistischen Experimente von Groß-Berlin auch noch bezahlen zu sollen.“

Hier wird nach bekannter deutschnationaler Methode der Teufel abermals angewandt, die Sozialdemokratie und ihre Bestrebungen herabzusetzen und zu verunglimpfen. Man verliert es immer wieder, die Sozialdemokratie für die Folgen des Krieges und die Sünden der Deutschnationalen, die in ihrer Profit- und Raubgier keine Grenzen kannten, verantwortlich zu machen. Es ist lächerlich, die Schwierigkeiten, mit denen die Berliner Straßenbahn zu kämpfen hat, auf die Kommunalisierung zurückzuführen zu wollen. Die Berliner Straßenbahn ist, wie der eingeleitete Auszug berichtet, in den Kriegsjahren von den früheren Amtsträgern in den schlimmsten Verfall verfallen und mußte erneuert werden. Die Materialpreise sind infolge der kapitalistischen Produktion im Reich geradezu ins Unbegreifliche gestiegen. Die Steigerung betrug z. B. für Schienen 200%, für andere Eisenstücke 240 bis 250%, für Bremsbäder 400%, für Eisen 270%, für Lacke 290%. Im Durchschnitt ergibt sich bei den

Franzi und Heini.

Beschichte zweier Wiener Kinder von Leopold Kompert.

8. Fortsetzung.

Dann aber kamen andere Stimmen, die mir das Gerücht bezeugten. Warum hatte Lina Blüthensterns Mutter bei meiner Stube die Worte fallen lassen: „Die Franziska ist ein wunderbares Kind, aber ich will meinen Mund nicht zum Bösen öffnen?“

Es war also klar, die arme Hausfrau hatte dieselben Behauptungen, ja ihr standen die rechten Anhaltspunkte zu Gebote, während ich bisher im Dunkeln tappte. Warum vertraute sie mir an? Unstreitig darum, weil sie mir als dem Lehrer es höchstens das Recht, ja die Pflicht zuekannte, in die Moral des Nachbarkindes wehrmäßig eingzugreifen.

Noch eines erwog ich in meiner Seele. Der Brief, der mir in so rätselhafter Weise zugekommen, war ohne jeden Zweifel ein Gegenstand, der vor die prüfenden Augen der Konferenz gehörte. Vor dem versammelten Personal sollte Franziska erscheinen und einem strengen Verhör unterzogen werden. Wen sie in dem Schreiben dieses Briefes erwähnte? Und für den Fall ihres Bestehens: in welchen Beziehungen Heini zu ihr stand? Was ihn vermacht habe, im Falle solchen Art den schuldigen Mensch vor der Schule anzuzeigen zu lassen? Und noch anderes mehr.

Dagegen erhob sich mächtig in mir eine andere Stimme, die mich aus dem Dunkel der Unwissenheit erlöste. Dürfte ich das Mädchen vor die Konferenz zitieren, damit die spöttischen Augen Heini'scher Mitschüler in den geheimen Tiefen dieser Kindesbestimmungen nicht aus. Sie, die die Straße der Verlorenen durch den Gang geht, sie scheint mir am allerwenigsten geeignet, mit dem Hand die Mährnisse dieses verirrten Gemütes zu lesen.

Was aber wollte ich? Das nur Tat anrufen! Das lag als erstes erst in dümmelnden Urteilen vor meiner Seele. Wie das eine erkannte ich klar: es lag irgendwo ein Franziska, und dieser Punkt hing mit dem Knaben Heini zusammen. Das würde ich also, würde ich an mein Ziel gehen, nicht auslassen. Und nicht auch der Art zu...

wenn er an ein Krankenbett gerufen wird? Und hält er nicht erst lachend und links Umfrage, wo und wie er diesen Punkt finden sollte?

Als ich am andern Morgen in meine Schulklasse kam, bemerkte ich sofort, daß Lina Blüthenstern auf ihrem gewöhnlichen Platz saß. Franziska Feldheim war aber da. Nach meiner Gewohnheit richtete ich an die Schule die Frage: ob niemand wisse, warum Lina Blüthenstern nicht gekommen sei, denn eine schriftliche Entschuldigung ihrer Abwesenheit lag nicht vor. Keine Schülerin antwortete. Endlich erhob sich, gleichsam zögernd und ungerne, Franziska.

„Ich weiß es!“ sagte sie im trockenen Anmahnungstone, der mir leicht ausfiel. „Lina Blüthenstern ist sehr krank und wird sterben.“

Eine Bewegung des Schreckens ging durch die ganze Klasse. „Sterben?“ rief ich, der ich selbst von dieser Kunde ergriffen wurde. „Hat das der Arzt gesagt?“

„Linas Eltern haben keinen Arzt,“ meinte das Mädchen in demselben Tone geschäftsmäßiger Auskunft, „sie werden sie ins Kinderhospital schicken müssen.“

„Dann ist ja Hoffnung vorhanden,“ befehle ich, „daß sie wieder hergestellt wird.“

Aber das Mädchen schüttelte den Kopf und trat mit einer Gebärde von Entschiedenheit, die jede Belehrung ausschloß. „Sie wird sterben,“ sagte sie, „denn im Spital sterben alle armen Kinder!“

Und als ich ihr, von der furchtbaren Grausamkeit ihres Anspruchs im Innersten erfüllt zurück, der ihr die Grundidee und durch nichts gerechtfertigte Unwahrscheinlichkeit in den Kopf gesetzt habe, sei ein Lügner, sagte sie gleichgültig tonlos, ohne sich lange zu bekümmern:

„Man hat es mir erzählt.“ Gleich darauf setzte sie sich nieder, anscheinend so ruhig und teilnahmslos gegenüber dem Geschick ihrer Kameradin, als bei mir dieser Meinung auch alles abdocten und adactierat. Aber ein lächerliches Schreien durchdrang mich, als ich in diesem Augenblick an ihrem linken Arm ein roteses Armband entdeckte, das ich dort noch niemals gesehen hatte!

„Herr Lehrer, darf ich bitten?“ Mit diesen Worten war sie wieder aufgestanden, indem sie nach Art der Schwestern die Hand gegen mich ausstreckte.

„Was willst du?“ „Ich möchte zu Hause bleiben und nicht in die Schule kommen.“

„Du bist nicht dispensiert.“

„Das weiß ich!“ sagte sie darauf. „Ich kann meine Aufgaben auch zu Hause arbeiten, wenn ich bei Lina Blüthenstern bin.“

Indem sie dieses sprach, betete ihre Stimme; dabei waren ihre Augen gerollt.

„Du willst bei Lina Blüthenstern bleiben? Sie kommt ja ins Spital?“

„Ich will aber nicht, daß sie ins Spital kommt! Ich will bei ihr bleiben, und wenn sie nicht ins Spital kann, will ich ihr etwas vorbringen und ihr das Rufen zurechtlegen. Denn ihre Mutter muß mit alten Sachen handeln gehen und kann nicht bei ihr bleiben.“

„Fassunglos, wie ich in diesem Momente mich fühlte, vermochte ich bloß zu sagen: „Es ist gut, Franziska! Wir wollen nach der Schule davon sprechen.“

Ein untergegangener Stern begann aufs neue zu leuchten. Als nach geschlossener Unterrichtszeit sämtliche Schülerinnen sich entfernt hatten, blieb Franziska allein in ihrer Stube zurück. Sie stand in aufrechter Stellung da, die Arme gekreuzt, so daß das goldene Geschmeide an ihrem linken Arme mit entgegenfunkelte.

„Franziska Feldheim“, sagte ich nun zu ihr, da wir allein waren, mit dem ganzen Aufheben meiner Stimme. „So viel ich von dir weiß, bist du die Tochter einer blutarmen Frau. Deine Mutter ernährt sich vom Büßeln. Ist es so?“

„Ja, wir sind sehr arm!“ sagte sie.

„Wie kommt es dann, daß du mit dem goldenen Geschmeide da herum tust? Weißt du nicht, daß du damit den Reich und die Reichen deiner Kameradinnen erregst, die gleich dir Kinder armer Eltern sind?“

„Kann man mir das verbieten?“ meinte das Mädchen, nach einer Weile die Augen zu mir erhebend.

„Ja,“ sagte ich mit aller Entschiedenheit, „man kann es dir für die Schule verbieten.“

„Für die Schule?“ meinte sie dagegen, und ich bemerkte recht gut, wie sie dabei ihre feinen Lippen unwillkürlich krümmelte. „Aber anderswo darf ich es doch tragen? Es ist so schön!“

„Das war nicht die Antwort, die ich erwartet hatte; das war die Entschlossenheit eines Kopfes, der an betriebligen Ausreden nicht arm zu sein schien. Erjährt rief ich ihr zu: „Versteht nicht, Franziska, daß du vor deinem Lehrer nicht stehen darfst, daß du das Geschmeide da am Arm?“

(Fortsetzung folgt.)

Hotels, Restaurants, Cafés, Vergnügungen

Hotel-Restaurant
J. Weidenfeller, Lübeck, Obertrave 6.
Gute Küche u. Zivile Preise u. Weinstube.

Oppermanns Bahnhofs-Hotel
Beim Holstentor — Fernruf 8488. Restaurant und Weinstube. Zentralheizung, elektr. Licht.

Restaurant Zur schwarzen Dohle*, Hundestraße 41, empfiehlt Saal u. Klubzimmer f. Versamml. u. Festlichkeiten

Hotel „Drei Ringen“, Harry Rubach, Hansastraße 9, Telefon 8478.

Friedrichshof: Mittwochs u. Sonntags **Tanz**

Rest. Everling, Schwart. Allee 69 a Saal für Hochzeiten und Vereine. Vorzügliche Küche.

Bernh. Brüggemann, Rest. und Klublokal Schwart. Allee 14a, Saal, Klubz., Doppelkegelbahn

Café Opera Inh. J. R. Jacob, Ecke Breite Straße u. Beckergrube. Tägl. Künstlerkonzert. Neu eröffnet: Billard-Akademie.

Hansa-Theater, Erste Lustspiel- und Operetten-Bühne, Moislinger Allee 16a, Telefon 610.

Biophon-Theater, Breite Straße 52. Nur die neuesten Schlager. Bevorzugte stadtbekannte Lichtbühne.

Metropol-Lichtspiele, am Markt, gegenüber dem Rathaus. Stets neueste Schlager.

Stadthallen-Lichtspiele. Größte und vornehmste Lichtspielbühne Lübecks. Aufführ. 4-7 und 7-10 Uhr.

Konfitüren, Lebensm., Drogen usw.

Ludw. Hartwig, Obertrave 8. Fernspr. 849.
ist und bleibt die vorteilhafteste Bezugsquelle für **Hausfrauen!**

Hansa-Meierei, Fackenburg Allee 69.

Joh. Petersen, Hansastraße 48 a, Telefon 1761.
en gros = Spezial-Butterhandlung :: en detail.

Willi Nehls Nchf. M. Wallat, Spezialgeschäft feiner Lebens- u. Genussmittel, liefert beste Ware zum billigsten Preis :: Kupferschmiedestr. 6-8.

Joh. Wiegers, Balaertrave 26/28, Kolonialw., Getreide, Holz- und Kohlenhandlung, Gastwirtschaft.

Paul Ove, W. Süße Nachf., Warendorferstr. 25, Fernspr. 8524. Vorteilhafteste Einkaufsquelle für Kolonialwaren, Kartoffeln, Feuerung, Handblockwaren stets vorrät.

Heinr. Vorrath, Spezial-Butterhandl., Adlerstraße 43, Fernruf 1640.

H. Roßbach, Fackemb. Allee 19 b. Spez. Geschäft für frische u. geräuch. Fische aller Art, Fettw., Kons., Obst, Südl.

Hans Wede, Schwart. Allee 5, Fernsprecher 1809. Kolonialwaren, Zigarren.

Johannes Koch, Fischergarbe 90. Kolonialwaren, Fettwaren.

Rud. Jäde, Beckergrube 70, Tel. 8622. Spezialgeschäft für Delikatessen und Fettwaren.

Heinr. Wiegels Nchf. Henry Schwebecke, Kolonial- und Fettwaren, Fischergarbe 60.

Friedr. Weingärtner, Johannisstraße 8. Konfitüren und Delikatessen.

Otto Hinke, Fünfhausen 1. Beste Bezugsquelle für Delikatessen und Fettwaren.

Carl Heese, Obst- und Süßfrüchte, Hoistenstraße 19.

Carl Schröder Nachf., Inh. A. Gerdt, Große Burgstraße 7. Kolonialwaren, Konfitüren, Delikatessen.

Otto Baake, Markt 9. Butter, Margarine, Käse.

Hans Stettens, Obst-, Gemü., Delikat.-Geschäft, Moislinger Allee 24.

Handlung J. Borgwardt, Markt Allee 22, T. 1118.

Petersen, Schokol. u. Zw.-Ordn., P. Beckstr. 76, T. 1325.

Geschäftliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan.

C. Lillberg, Hützstraße 82. Räucherflache, Delikatessen.

Scharnhergs Nachf. Inh. L. Richter, Kohlm. 8, Markt 5. Beste Bezugsqu. für alle Fett- und Wurstwaren.

Heinrich Franck, Wahnstr. 67. Fettwaren.

Konfitüren Herm. Voss, Große Burgstraße 48.

Burg-Drogerie Herm. Rötger, Gr. Burgstr. 44. Tel. 1016 Toilettartikel, Farben, Tapeten.

W. Weichert Stempel, Türschilder, Gravierungen Beckergrube 15.

Karl Schnoor Wickede-straße 14. Beste Bezugsquelle für Fische u. Delikatessen.

H. Matern Konfitüren, Delikatessen, u. Fettwaren. Pfaffenstraße 7. Fernspr. 8568

Heinz Thonys dänisches Lebensm. Mag. Hützstr. 37, T. 8748.

Aug. Carstens Dornepf. Delikatess. u. Fettwaren

Otto Sehlcke Drogen u. Kolonialwaren, Fackemb. All. 70.

Fortuna-Drogerie, Georg Knoop Moislinger Allee 6a, Fernruf 2975.

Drog. Aug. Prösch, Mühlenstr. 29, Tel. 1941 Drogen, Farben, Fußbodenöle, Gummiartikel.

Rauchwaren usw.

Friedr. Nagel, Markt 14. Zigarren, Zigaretten, Tabake in bekannt guten Qualitäten zu billigsten Preisen.

Wendlandt & Weirich Kolonialw., Tab. u. Zig. Glockengießerstr. 16 T. 2414

Johs. Beth Adlerstr. 86. Einkaufsqu. für Gemüse, Obst, Kolon.- u. Fettw.

A. Bahl, Fünfhausen 22. Fettwaren best. Qualität.

Drogerie Scholtz, Hansastraße 92.

Zur Glocke Drogen, Alb. Westphal, Glockengießerstr. 46

Obst + Gemüse Süßfrüchte preiswert bei

W. Kock, Große Burgstr. 18. Telefon 2024.

M. Grotkopp, Mühlenstr. 18, F. 8256 Kaff., Bier- u. Weinstub.

Park-Drogerie, Schulstraße 11 Drogen, Farben, Chemikalien, Haushaltsartikel.

Arth. Haage Zigarren, Zigaretten, Tabak, Beckergrube 81.

A. B. Riggelsen Tabak, Zigaretten, Hützstr. 88.

Ernst Meyer Dornestr. 8, Tel. 8495 Putz- und Modewaren

Aktienbierbrauerei. Lachswehr-Allee 14-20.

Neuer Bierverlag Busch & Co.
mittl. Mengstr. 80, neben dem Schabbelhause, Fernsprecher 1818, empfehlen ihre Biere in tadelloser gut funktionierenden Bierfabrik-Automaten v. 5 u. 10 Litern Inhalt, außerdem Porter u. versch. Flaschenbiere.

Weine und Spirituosen Groß- und Kleinverkauf
Dan. Schön, Gr. Burestraße 24, Telefon 825.

Versicherungen usw.

Deecke & Boldemann, Wahnstraße 18 — Telefon 4, 5904 und 8905. Versicherungen aller Art, als: Feuer-, Aufrühr-, Transport- und See-, Einbruch- usw.

Alfred Altschüler & Co. Dankwartzgrube 84, Tel. 8465. Spedition nach dem gesamten Ausland, Lagerung, Versicherung Ab 1. Sept. Beckergrube 89, Tel. 90.

H. C. Koch, Alisstraße 24. Preußische Lyerie-Einnahme.

Für alle Vereine

Lübecker Fahren-Fabrik Otto Rehwaldt, Inh. Fritz Nothmann, Alisstraße 7, Telefon 1118. Größtes Spezialhaus für Vereine und Hausgesellschaften.

Friseur usw.

Wilhelm Junge, Nebenhofstraße 8 Herren-Rasier- und Friseur.

Ernst Fraden Königs-straße 89. Friseur u. Toiletten-Art.
W. Altmann, Friseur, Beckergrube 81.

R. Grote, Friseur, Große Burgstraße 15. Massagen, d. Gr. Burgstraße, Konkurrenten.
W. Strohmann, Da- friseur, Beckergrube 7.
Narrenzardene.

Gebr. Hirschfeld, Breite Str. 59/41, Modehaus für Damen- und Kinderkonfektion.

Louis Duve Nachf., Große Burgstraße 32. Herrenzardene, Maßanfertigung, Bill. Preise.

J. Fradi, Breite Straße 87. Handschuhe, Krawatten, Herrenartikel.

J. H. Pein, Markt 12. Beste Bezugsquelle für Herren- u. Damen- u. Kinder- u. Berufsartikel.

W. Heise Mann- u. Frauen- u. Kinder- u. Berufsartikel.
W. Heise Mann- u. Frauen- u. Kinder- u. Berufsartikel.
W. Heise Mann- u. Frauen- u. Kinder- u. Berufsartikel.

Manufaktur usw.

Betten-Dave, Große Burgstraße 52. Aussteuerzettel, Meter billigst und tadello.

Herrn. Libnau, Schwartauer Allee 55. Gr. Auswahl gute Waren, Bill. Preise, tolle Pat.

Heinr. Beuck, Fischergarbe 23, Ecke Warendorferstr. Preiswerte Bezugsquelle für Herren- u. Damen- u. Kinder- u. Berufsartikel.

Algemeines

MARTENS & LAMPE Warendorferstr. 73

Heinrich Boye, Kohlen-, Torf-, Brennholzhandlung empfiehlt alle Sorten Brennmaterialien. Lindenstraße 17 a. Telefon 918.

Friedr. Ihrke, Geibelplatz 2, Fernsprecher 838. Prima Porzell. und Porzellan aus erster Quelle. Eigene Tort- und Stempelwerke.

Franz Genzmer, Fackemb. Allee 150 Eisenwaren, Werkzeugzeuge, Haus- und Küchenartikel.

Aug. Clusmann v. Frankenthal & Co., Breite Str. 45. Emaille, Küchengeräte, Glas, Porzellan.
Herrn. Glaser, Wörling, Allee 4a. **Gebr. Jäger**, Olshausen, Porzellan, Klamp. Küch.- u. Bek.-Art. **Gebr. Jäger**, Olshausen, Küchengeräte.

Bankhaus Fritz Klemstedt, Komm. Ges., Lübeck, Holstenstr. 5, Telefon 938, 8178. Tel.-Adr.: Nordbank. Reichsbankgironkonto. Erledigung sämtlicher Bankgeschäfte. Geschäftsstelle: Timmendorfer Strand, Wolbergstraße 5.

Alwin Karstadt, Dampf-Treiberei, chemische Reinigung. Hauptannahme: Holstenstraße 18. Tel. 111. Fabrik und Kontor: Meierstraße 19. Tel. 818. Filialen: Hützterdamm 10, Große Burgstraße 35, Friedenstraße, Ecke Warendorferstraße.

B. Dauer-Fahrplan des Lübecker Volksboten.

Stationen	W	S	D	D-5ug
Lübeck-Hamburg	2-3. 2-4. 2-3. 2-4. 2-3. 2-4. 2-3. 2-4.	600 W 745 1090 1135 104 335 430 720 815 D 932	745 925 1125 1235 245 535 530 920 915 1115	
Hamburg-Lübeck	2-4. 2-4. 1-3. 2-4. 2-3. 2-4. 2-3. 2-4.	530 705 875 D 1030 1240 330 455 W 545 725 1105	710 845 935 1201 154 510 612 732 900 1235	
Lübeck-Büchen	Büchen ab 1115 — 845 D — 1230	Büchen an 624 1145 — — 308 722	Lübeck an 746 100 129 444 840	
Lübeck-Aleinen	Aleinen ab 525 975 217 710 D 732	Aleinen an 725 1114 404 828 910		
Lübeck-Segeberg	2-3. Al. W S W W S	Segeberg ab 545 800 1036 415 540	Segeberg an 730 925 1200 615 728	
Lübeck-Eutin-Riel	Riel ab — 640 1254 217 D — 546	Eutin an 600 832 240 348 732 742	Lübeck an 728 922 344 432 832 832	
Lübeck-Travemünde-Niendorf	2-3. Al. W S W S W	Niendorf ab 637 1003 — 400 —	Niendorf an 638 1015 1145 418 734	
		Lübeck an 737 1100 1254 500 306		

Zigarrenhaus Burgtor M. Leismann, Gr. Burgstraße 7, Fernruf 1049. Gute und billige Bezugsquelle für Gesellschaften und Vereine.

Max Wulf, Hansastr. 86, Ecke Meierstraße — Telefon 8691. Zigarren — Tabak — Zigaretten.

L. Teitelbaum, Schwartauer Allee 89, Ecke Warendorferplatz. Bill. Bezugsquelle f. Zigarren, Zigaretten, Tabak.

Chr. Rebien, Schwödenkauerstraße 25. Maßarbeit :: Reparaturen all. Art, schnell u. billig.

Haben Sie Schäden an Ihren Fahr- oder Schläuchen? So geben Sie dieselben sofort zur Dampf-Vulkanisierungsanstalt Hermann Wildhagen, Lübeck, Beckergrube 54, Fernruf 8353. Schnellste gewissenhafte Ausführung nach dem neuesten Vulkanisierungsverfahren. Verkauf von Decken und Schläuchen.

Erich Dietz Bau- u. Memperierei und Installation, Wahnstraße 42. Handarbeit und autog. Schweißung. Fernsprecher 1218.

Fahrrad-Körner Große Burgstraße 28. Nähmaschinen-Reparaturwerkstatt.

Joh. Voss, Hützstr. 90. Grüne Sohlen und Absätze, sehr dauerhaft, in einem Tage fertig.

W. Cal Hard Schmiede-straße 21. Vermehrung von Reisekoffern und -Taschen. Reparaturwerkstatt.

Willi Matchow Wasch- und Plänenstr. Glockengießerstraße 40.

O. Dortmund Fahrräder, Nähmaschinen, Fackenburg Allee 1 a.

Th. Vedder, Schwartauer Allee 87. Reparaturwerkst. für Fahrräder u. Nähmaschinen.

Hansa-Brauerei A.-G. empfiehlt beste Brauereibiere, hell u. dunkel. Fernruf 181, Fackenburg Allee.

G. Grundmann, Schlüsselbuden 82. Tabak-, Zigarren-, Zigaretten-Großhandlung. Verkauf zu Fabrikpreisen, daher beste Bezugsquelle nur für Wiederverkäufer. NB. Verkauf an Wiederverkäufer nur in der Engrosabteilung (Hinterraum).

Zigarrenfabrik Carl Schriever Schwödenkauerstraße 13.

J. Heinsohn, Nebenhofstraße 6. Schuh-, Maß- und Reparaturwerkstatt.

Schuh-Buchholtz, Schuh- u. Lederhandlung, Reparaturwerkstatt, Schwart. Allee 4, Gr. Burgstr. 86.

Johs. Meyer, Fahrräder, Nähmaschinen und Reparatur-Werkstatt Königstraße 61, Telefon 8879.

Gebr. Mütter, Mühlenstraße 13, Fernsprecher Nr. 427. Beerdigungs-Institut.

A. Brodersen & Sohn, Beerdigungs-Institut, Obere Aegydienstraße 7 Fernruf 1090. Uebernahme all. Beerdigungsangelegenheiten.

Franz Schütt vorm. Karl Hunderstr. 84. Gerberei u. Lederhandl. Leder-ausschnitt sowie sämtliche Schuhmacherbedarfsartikel.

A. Reinkecht, Maierstr. 6 Moo. Schuhreparatur.

Ed. Teufelberg Lederhandl., Untertrave 67.

Jul. Schulz Fahrräder, Tel. 8584, Fleischhauerstraße 30.

W. Klüssendorf Klemp., Baustr. Hützstr. 118, T. 1189

Nähmaschinenhaus Wilh. Kruse, Hützstr. 43.

Veretnsbrauerei Walkmühle, H. Lück. Telefon 254. Lagerbier, Pilsener, Porter.

